

Nr. 16/1268

Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Schädigungen der kommunalen Krankenhäuser durch Entscheidungen von Geschäftsführern und durch mangelnde Steuerung und Kontrollversagen vom 16. April 2007

(Drucksache 16/1377)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Schädigungen der kommunalen Krankenhäuser durch Entscheidungen von Geschäftsführern und durch mangelnde Steuerung und Kontrollversagen Kenntnis.

Nr. 16/1269

Bevölkerungs- und Raumordnungsprognose für das Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. November 2006
(Drucksache 16/1179)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. März 2007

(Drucksache 16/1329)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1270

Generalplan Küstenschutz 2007

Mitteilung des Senats vom 24. April 2007
– Neufassung –
(Drucksache 16/1384)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Generalplan Küstenschutz 2007 zur Kenntnis und spricht sich angesichts der existenziellen Bedeutung der darin beschriebenen Maßnahmen für einen wirksamen Hochwasserschutz entsprechend dem mit Niedersachsen geplanten Vorgehen bei der Umsetzung des Generalplanes an der Weser für deren zügige Umsetzung aus.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) hält die Bereitstellung der benötigten zusätzlichen Landesmittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung der Jahre 2008/2009 sowie der mittelfristigen Finanzplanung mit der Maßgabe für erforderlich, dass der vom Senat gegenüber dem Bundesverfassungsgericht in Aussicht gestellte Gesamtinvestitionsrahmen 2006/2010 nicht überschritten wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Beschluss des Senats zur Kenntnis, dass im Rahmen der erforderlichen Gesamtfinanzierung zum Generalplan Küstenschutz der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr einen eigenen Beitrag im Rahmen seiner Eckwerte leisten wird. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass es sich aus Sicht des Senators für Finanzen hierzu anbietet, die bestehenden Rücklagen aus der Abwasserabgabe in Höhe von 14,1 Mio. €

bzw. der Wasserentnahmegebühr in Höhe von 5,5 Mio. € heranzuziehen und der Senat deshalb prüft, ob und in welchem Umfang dies rechtlich möglich ist, und, bezogen auf die Abwasserabgabe, eine Abstimmung mit dem Bund herbeiführen wird.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die gemeinsamen Planungen mit Niedersachsen im Aufgabenbereich Küstenschutz fortzuführen und dem Senat darüber zu berichten.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, eine gemeinsame Initiative mit Niedersachsen und den anderen Küstenländern mit dem Ziel zu ergreifen, dass sich der Bund und gegebenenfalls die EU angemessen an den durch den Klimawandel entstehenden enormen zusätzlichen Kosten für Küstenschutzmaßnahmen beteiligt.

Nr. 16/1271

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. März 2007
(Drucksache 16/1351)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/1272

Existenzsichernde Einkünfte im Konzern Bremen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 8. November 2006
(Drucksache 16/1187)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. März 2007

(Drucksache 16/1347)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1273

Strafrechtliche Sanktionen als wirksame Maßnahme gegen Doping?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 11. Dezember 2006
(Drucksache 16/1236)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. April 2007

(Drucksache 16/1378)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1274

Messbare Erfolge durch die Polizeireform

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 29. Januar 2007
(Drucksache 16/1281)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. März 2007

(Drucksache 16/1348)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1275

In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren: Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in den Tageseinrichtungen erhöhen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juli 2005
(Drucksache 16/684)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/1276

In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren: Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in den Tageseinrichtungen erhöhen

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007
(Drucksache 16/1299)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1277

Konzept zur Verstetigung des Girls' Day – Mädchen-Zukunftstages

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007
(Drucksache 16/1298)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1278

Offshore Windenergie – Chance für Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 14. Februar 2007
(Drucksache 16/1309)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. April 2007

(Drucksache 16/1385)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1279

**28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz
vom 31. März 2006**

(Drucksache 16/980)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Kenntnis.

Nr. 16/1280

Stellungnahme des Senats zum 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 22. August 2006
(Drucksache 16/1111)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Kenntnis.

Nr. 16/1281

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses zum 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 2006 (Drs. 16/980) und zur Stellungnahme des Senats vom 22. August 2006 (Drs. 16/1111) vom 14. Februar 2007

(Drucksache 16/1310)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Rechtsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 16/1282

29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 31. März 2007

(Drucksache 16/1362)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 16/1283

Sicherheitsverwahrung von Sexualstraftätern gesetzlich neu regeln

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)

vom 1. März 2007

(Drucksache 16/1328)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.